

■ Interview mit Joachim Müller

Joachim Müller war von 2017 bis 2024 Leiter des Geschäftsbereichs Hochschulinfrastruktur und vielen bekannt als Initiator von Nachhaltigkeitsthemen bei HIS-HE

In seinen insgesamt über 30 Jahren bei HIS-HE beschäftigte sich Joachim Müller unter anderem mit Themen des Arbeitsschutzes, Umweltschutzes und der Nachhaltigkeit. Seit Anfang letzten Jahres genießt er nun seinen Ruhestand. In einem Interview sprechen Ralf-Dieter Person und Philipp Nußbaum mit Joachim Müller über seine langjährigen Erfahrungen bei HIS-HE und blicken dafür sowohl zurück als auch nach vorn.

Lieber Joachim, wie bist Du zu HIS-HE und zu den Themen Arbeits- und Umweltschutz und später Nachhaltigkeit gekommen?

Mein erster Arbeitstag war der 01.07.1991. Meine erste Aufgabe war es, eine Analyse der Situation zur Sonderabfallentsorgung (mit Vollerhebung an allen Hochschulen der neuen Länder) durchzuführen. Später war dann die Gefährdungsbeurteilung nach Arbeitsschutzgesetz das dominierende Thema. Das Wort Nachhaltigkeit spielte (noch) keine Rolle. Hinsichtlich der Nachhaltigkeit waren wir an einem umfangreichen Projekt an der Leuphana (damals noch Universität Lüneburg, um das Jahr 2000) mit beteiligt und dann im Juni 2008 Pioniere, als wir in Zusammenarbeit mit der TU Darmstadt eine erste bundesweite Veranstaltung zur Nachhaltigkeit durchgeführt haben. Später wurde in Kooperation mit der HNE Eberswalde das Thema Nachhaltige Entwicklung in ei-

ner Seminarreihe etabliert. Nachhaltigkeit wurde jetzt zu einem Geschäftsmodell; nebenbei gesagt: Ich hatte den Eindruck, dass später die Grenzen zum Thema Klimaschutz fließend wurden, das hat mich oft gestört.

Was hat sich in den über 30 Jahren, in denen Du bei HIS-HE tätig warst, in der deutschen Hochschullandschaft aus deiner Sicht am meisten verändert?

Ich kann das natürlich nur aus meiner speziellen und fokussierten Sichtweise beurteilen. Vor der Klammer stelle ich zuerst fest, dass für mich in der Zusammenarbeit Hochschulen immer auch Orte der „gelebten Anarchie“ waren und sind, wobei ich hier diesen Begriff positiv besetze. Verändert haben sich für mich die Rahmenbedingungen der tatsächlichen täglichen Beratung und Begleitung sowie die von uns bearbeiteten Themen. Ganz grob formuliert: Das Thema Wettbewerb und Kostendruck hat sich massiv verändert; meine und unsere Themen sind eher von der klassischen Sicherheitsarbeit zum Umweltschutz, insbesondere Klimaschutz gewandert. Wobei wir auch selbst dazu beigetragen haben, dass z. B. der Umgang mit Gefahrstoffen oder die Ausrichtung des Arbeitsschutzes an sich wandelnden Normierungen in den Hochschulen einen sehr hohen Professionalisierungsgrad erreicht haben, wo insbesondere heute technische und organisatorische Beratung weniger erforderlich wird.

Welche Entwicklungen oder Trends hättest Du vor 30 Jahren nicht vorhergesehen?

Ich möchte das einmal etwas freier beantworten: Der Wandel war in unserer Arbeit immanent. Wobei wir oft reaktiv tätig waren (z. B. als Reaktion auf veränderte

externe Anforderungen an Hochschulen), und wir waren auch aktiv. Und dann sehr oft als Überzeugungstäter. Diese Einstellung hat meinen Kolleginnen, Kollegen und mir in der Kommunikation in den Hochschulen immer sehr geholfen, egal auf welcher Ebene. Mit Überzeugung, nicht Überredung! Trends gab es natürlich, überraschen konnte mich nichts. Das war halt so, da kommt immer irgendetwas Neues. Ich habe nie gesagt, „ich habe schon alles erlebt“, das wäre auch vermessen.

Was hat Dich in all den Jahren an Deiner Arbeit am meisten motiviert?

Die Gewissheit, zu den „Guten“ zu gehören. Und der Dialog mit sehr viele tollen Menschen. Wichtig, motivierend war für mich auch immer, Kontinuität demonstrieren zu können, klassische Beispiele: Die Newsletter, das Mitteilungsblatt. Oder die Möglichkeit, Menschen zusammen zu bringen, hier z. B. die Seminarreihen mit Partnerinnen, insbesondere der TU Clausthal, das Netzwerk Nachhaltigkeit und Umwelt an Hochschulen und Forschungseinrichtungen der Region Ost (bei dem HIS-HE 2011 Mitbegründer war) oder die spezifische EMAS-Methodik von HIS-HE.

Gibt es Herausforderungen, die Dir besonders in Erinnerung geblieben sind?

Die Corona-Pandemie war sicherlich als Ereignis die größte Herausforderung. Wir mussten unsere Arbeit von jetzt auf gleich komplett umstellen. Und weil wir uns oft

AUS DEM INHALT

- Interview Joachim Müller
- Evaluation DGUV2
- Bedeutung CSR
- Veranstaltungen

mehr als (physischer) Begleiter, denn als (entfernter) Berater verstanden haben, mussten wir unsere Kommunikation in kürzester Zeit komplett ändern; dieses ist der Organisation HIS-HE und meinen Kolleginnen und Kollegen sehr gut gelungen, mit einem Kraftakt und mit Kreativität.

An welche Highlights erinnerst Du Dich gerne zurück?

Ich hatte Aufgaben und Projekte, die musste ich machen und ich hatte solche, die wollte ich machen. Die ersten gehörten nicht zu der Mehrzahl. Ich blicke wirklich mit viel Dankbarkeit zurück, auch an einzelne ganz tolle Vorhaben und Momente. Diese Dankbarkeit richtet sich auch ausdrücklich an meine Organisation, die es mir ermöglicht hat, mit Kreativität und Mut unterwegs zu sein.

Welche Themenfelder werden Deiner Meinung nach zukünftig an Relevanz gewinnen?

„Prognosen sind schwierig, insbesondere wenn sie die Zukunft betreffen“ (ist nicht von mir). Ich glaube allerdings, dass z. B. die Klimafolgenanpassung einen großen Stellenwert erhält und das sehr schnell. Wie sich das große Thema „Sicherheit auf dem Campus“ entwickelt, wird die weitere politische-gesellschaftliche Entwicklung zeigen.

Du hast Dich sehr dafür engagiert, dass die Hochschulen und Forschungseinrichtungen nachhaltiger werden. Was möchtest Du ihnen diesbezüglich gerne mitgeben?

Die Verständigung auf konkrete, gültige und von der Organisation anerkannte Inhalte der Begrifflichkeit Nachhaltigkeit.

Welchen Rat würdest Du jungen Kolleg:innen geben, die heute in Deinem Themenfeld starten?

Als Coach bin ich zurückhaltend mit Rat(Schlag) (Aua!). Auf der Metaebene würde ich sagen, „bleiben Sie zuversichtlich (und beharrlich)“. Denken Sie an Kipchoge, der Lauf beginnt erst bei Kilometer 35.

Gibt es etwas, was du in Deinem Ruhestand vermissen wirst?

Meine Kolleginnen und Kollegen mit Ihren Ideen und die Herausforderung, auch sehr schwierige Situationen zu einem guten Ende zu begleiten. Außerdem ist mir meine Bürohe [Anm. der Redaktion: Peter Altvater, Geschäftsbereich Hochschulmanagement] sehr ans Herz gewachsen, insbesondere das liebevolle Aufeinandertreffen von Natur- und Sozialwissenschaften.

Auf was freust Du Dich in Deinem Ruhestand am meisten?

Nicht mehr die Verantwortung zu tragen und den Tag dann zu beginnen, wann und wie ich will; und ganz bestimmt nicht auf einem Bahnsteig, wo ... nun ja, Sie wissen schon. Ich habe Zeit für mich, Kipchoge werde ich allerdings nicht mehr.

Für alle nicht so sportgeschichtlich gut aufgestellten Menschen: Eliud Kipchoge ist zweifacher Marathon-Olympiasieger aus Kenia. Joachim Müller und die Langstrecke, die er, nicht nur im sportlichen Sinne, immer im Blick hatte, bilden hier eine sehr passende Verbindung. Das Laufen ist, neben einer grundsätzlichen Sportbegeisterung (Stichwort FC St. Pauli) auch jetzt eine große Leidenschaft von Joachim Müller.

Auch wir sind dankbar für die gute Zeit mit Dir, lieber Joachim, müssen das aber nicht ganz so pathetisch halten, denn wir sehen uns doch ab und zu. Und der eine oder andere gute Rat ist dann auch ganz schön. Natürlich auch mal bidirektional. Und für alle, die wissen wollen, wie es ohne Dich weitergegangen ist: Die Nachhaltigkeit hat jetzt Philipp Nußbaum im Blick und den Geschäftsbereich Ralf-Dieter Person.

■ Evaluation DGUV2

Aufgaben & Einsatzzeiten von Fachkräften für Arbeitssicherheit

Aufgabenstellung

Fachkräfte für Arbeitssicherheit spielen eine zentrale Rolle im Arbeitsschutz und sind unverzichtbar für die Gewährleistung der Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz. Sie unterstützen die Hochschulleitung bei der Umsetzung und Einhaltung

der gesetzlichen Vorschriften im Bereich des Arbeitsschutzes und beraten darüber hinaus Führungskräfte und Mitarbeitende sowie weitere Hochschulangehörige in allen Belangen des Arbeitsschutzes.

Einsatzzeitermittlung

Die Einsatzzeitermittlung ist ein wesentliches Instrument, um sicher zu stellen, dass die Beratungs- und Unterstützungsaufgaben der Fachkräfte für Arbeitssicherheit in der erforderlichen Qualität erfüllt werden können. Die Ermittlung erfolgt auf Grundlage DGUV Vorschrift 2 „Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit“. Hierbei werden verschiedene Faktoren, wie z. B. die Größe der Einrichtung, Art und des Umfangs der Tätigkeiten sowie spezifischen Risiken und Gefährdungen, die in einem Betrieb vorliegen, berücksichtigt. Es ist wichtig, dass ausreichend Zeit zur Verfügung gestellt wird, um eine umfassende Betreuung sowie die Sicherheit und Gesundheit der Mitarbeitenden nachhaltig zu gewährleisten.

Projekt an der HAW Hamburg:

Die HAW Hamburg hat 2011 mit Begleitung von HIS-HE auf Basis der DGUV2-Vorschrift die Einsatzzeiten für die arbeitsmedizinische und sicherheitstechnische Betreuung ermittelt.

Grundsätzlich müssen die Einsatzzeiten regelmäßig an aktuelle Entwicklungen und Rahmenbedingungen der Hochschule – wie beispielsweise die Anzahl der Mitarbeitenden – angepasst werden. Ebenso können sich inhaltliche Schwerpunkte der Arbeit verändern wie zum Beispiel eine Zunahme oder Veränderung an Forschungstätigkeit. Dabei ist insbesondere in experimentellen Forschungsvorhaben eine intensivere Beratung und Unterstützung durch die Fachkräfte für Arbeitssicherheit erforderlich.

Vor diesem Hintergrund hat die HAW Hamburg im Jahr 2024 die im Jahr 2011 ermittelten Einsatzzeiten unter Begleitung von HIS-HE evaluiert und neu berechnet.

Im Rahmen der Plausibilitätsprüfung durch HIS-HE wurden sowohl die Methodik als auch die Nachvollziehbarkeit und Glaubwürdigkeit der berechneten Einsatz-

zeiten überprüft. Das Ergebnis der Prüfung war positiv. (uk)

■ CSR

Bedeutung der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) für Deutschlands Hochschulen

Mittlerweile haben fast 60 Hochschulen in den letzten Jahren und Jahrzehnten einen oder zum Teil auch mehrere Nachhaltigkeitsberichte veröffentlicht. Auch wenn diese Zahl kontinuierlich zunimmt (siehe dazu unseren [Blog-Beitrag vom 05.08.2024](#)), bestand bisher in Deutschland bzw. in den einzelnen Bundesländern keine Pflicht zur Erstellung eines solchen Berichtes. Dadurch gestaltet sich die Umsetzung eines Nachhaltigkeitsberichtes ganz verschieden, sowohl bezogen auf die Berichtsinhalte (wobei hier der hochschulspezifische Nachhaltigkeitskodex (HS-DNK) eine erste Orientierungshilfe bietet), als auch auf das Format.

Seit Inkrafttreten der [EU-Richtlinie Corporate Sustainability Reporting Directive \(CSRD\)](#) am 05.01.2023 stellt sich für viele Hochschulen die Frage, ob zukünftig mit einer verpflichtenden Erstellung eines Nachhaltigkeitsberichtes zu rechnen ist. Nun mag aufkommen, wie diese Sorge (andere wiederum würden eine Berichtspflicht begrüßen) begründet ist, handelt es sich doch bei Hochschulen eben nicht um kapitalmarktorientierte Unternehmen, für die die EU-Richtlinie konzipiert wurde. Dafür ist es wichtig zu verstehen, wie die EU-Richtlinie in nationales Gesetz umgesetzt werden soll.

Fakt ist zunächst, dass die CSRD bis Juli 2024 in deutsches Recht hätte umgesetzt werden müssen. Dies ist bislang nicht erfolgt. Im September 2024 hat die Europäische Kommission deswegen ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet. Seit dem 24. Juli 2024 liegt aber zumindest ein [Regierungsentwurf](#) vor, der sich aktuell im parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren befindet. Aufgrund der Auflösung der Ampel-Koalition und der vorgezogenen Neuwahlen hat sich dieses

Verfahren entsprechend verzögert. Bisherige Schlussfolgerungen können also allein auf Basis dieses Regierungsentwurfes formuliert werden.

Bei dem Regierungsentwurf handelt es sich um ein sogenanntes Artikelgesetz, das heißt, die für die Umsetzung der CSRD relevanten Bundesgesetze wie zum Beispiel das Handelsgesetzbuch (HGB) werden im Artikelgesetz aufgezählt und die Änderungen explizit genannt. Die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) hat in einer [Stellungnahme](#) vom 22. April 2024 erläutert, warum das Gesetz (damals noch im Referentenentwurf) in aktueller Form auch einige Hochschulen in die Verpflichtung einbinden würde.

Grund ist, dass § 289b HGB (in geänderter Form) vorsieht, dass eine Kapitalgesellschaft ihren Lagebericht um einen Nachhaltigkeitsbericht erweitert, wenn sie groß im Sinne des § 267 HGB oder kapitalmarktorientiert im Sinne des § 264d HGB ist. Damit würden alle Hochschulen, die durch Rechtsform (z. B. Stiftungen) und/oder gesetzliche Regelungen in den Landeshochschulgesetzen nach HGB einen Jahresabschluss mit Lagebericht erstellen müssen, unter die neue Regelung fallen.

Interessant ist nun, wie sich die Bundesländer – als Träger der öffentlich-rechtlichen Hochschulen – zur CSRD und deren Implikationen positionieren. Grundsätzlich könnten sie auf Basis der CSRD (angenommen sie wird in Form des Regierungsentwurfes umgesetzt) von den Hochschulen, eine Berichterstattung nach CSRD-Kriterien einfordern. Methodik und Inhalte eines „CSRD-Berichtes“ werden von den European Sustainability Reporting Standards (ESRS) vorgegeben. Die ESRS beinhalten insgesamt über 1.100 Datenpunkte, die maximal zu berichten sind. Zunächst muss also geprüft werden, welche Berichtsinhalte für die eigene Institution wesentlich sind. Dies erfolgt im Rahmen einer sogenannten doppelten Wesentlichkeitsanalyse.

Aus Hochschulsicht wird schnell klar, dass viele Kriterien kaum wesentlich sind, da sie – wie der Name schon sagt – für ka-

pitalmarktorientierte Unternehmen konzipiert wurden. Dennoch muss bei einer CSRD-Pflicht diese Wesentlichkeit zuerst geprüft werden. Das heißt, zumindest der Erstbericht ist mit einem erheblichen Mehraufwand verbunden, woraus auch die allgemeine Sorge vieler Hochschulen resultiert. Die Sorge wird verstärkt, wenn es bereits in den letzten Jahren aufgebaute eigene Initiativen und Strukturen zur Erstellung eines Nachhaltigkeitsberichtes gibt.

Zurück also zur Frage, wie sich die Bundesländer aktuell zu den Implikationen der CSRD (also des Regierungsentwurfes) positionieren. Mittlerweile haben sich einige Landesministerien – wenn auch eher informell – dahingehend geäußert, die Hochschulen von einer ggf. bevorstehenden Berichterstattungspflicht entbinden zu wollen. Insgesamt zeichnet sich also ein Trend ab, die CSRD-Richtlinie nicht anzuwenden. Dies entspricht auch den Regelungen in den Landeshochschulgesetzen, z. B. Niedersachsen, den Jahresabschluss gem. HGB nur sinngemäß anwenden zu wollen. Diese Formulierung wird im Übrigen in Niedersachsen auch für die Stiftungshochschulen (§ 57 Abs. 2 NHG) gewählt, sodass die Kommentierung des Gesetzes zum Ergebnis kommt, dass „kein signifikanter Unterschied zwischen den staatlichen Hochschulen und den Stiftungen als Hochschulträger“ besteht. Natürlich weiterhin möglich ist die freiwillige Berichterstattung nach CSRD-Standard, sofern eine Hochschule dies als sinnvoll erachtet.

Abschließend sei die Frage gestellt, wie HIS-HE sich zu der Thematik positioniert. Grundsätzlich ist die Erstellung eines Nachhaltigkeitsberichtes positiv zu bewerten. Viele Hochschulen sind mittlerweile bestrebt, ihr Engagement auf diesem Wege zu dokumentieren, quantifizieren ([siehe dazu Nußbaum und Müller, 2022](#)) und sowohl nach innen als auch außen zu kommunizieren. Dafür wurden an den Hochschulen funktionierende Organisationsstrukturen geschaffen, häufig als Mittel zur Evaluation einer hochschulspe-

zifischen Nachhaltigkeitsstrategie. Diesen Hochschulen ein Berichtsformat aufzuerlegen, welches für Unternehmen konzipiert wurde, wäre unseres Erachtens wenig zielführend. Nichtsdestotrotz sollten die Länder von ihren Hochschulen ein entsprechendes Engagement einfordern, beispielsweise im Rahmen von Landeshochschulgesetzen oder Zielvereinbarungen. Als Folge sind dann auch entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen, um zumindest das erforderliche Personal, welches mit der Umsetzung beauftragt wird, dauerhaft finanzieren zu können. (pn)

■ Veranstaltungen

Rückblick Symposium: Nachhaltige Entwicklung in den Liegenschaften des Kulturbereiches des Landes Hessen - „Energieeffizienz im Depot- und Archivbereich“

Ende 2024 fand im Staatsarchiv Marburg (HStAM) das nunmehr dritte Symposium der intern durchgeführten und von HIS-HE begleiteten Veranstaltungsreihe „Nachhaltige Entwicklung in den Liegenschaften des Kulturbereiches des Landes Hessen“ zum Themenschwerpunkt „Energieeffizienz im Depot- und Archivbereich“ statt.

Die im Herbst 2022 entwickelte Veranstaltungsreihe ist eine gemeinsame Initiative der Stabsstelle Nachhaltigkeit des Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst und des Referats „CO₂-neutrale Landesverwaltung, Klimaschutz im Landesbau, energieeffizientes Bauen, technische Standards“ im Hessischen Ministerium der Finanzen und wird mit jeweils wechselnden Partnern durchgeführt. Ständiger Partner der hessischen Ministerien in der Organisation, Ausgestaltung und Begleitung ist HIS-HE, das über umfangreiche Fachkenntnis zur nachhaltigen Entwicklung von öffentlichen Einrichtungen verfügt. Adressiert sind Verantwortungsträger:innen und Mitarbeitende aus den Einrichtungen der Kulturbauten im Land Hessen. Zielsetzung ist, die nachhaltige Entwicklung im Rahmen eines breitgefächerten Angebots mit Gelegenheit zum landesweiten Austausch

zu Umsetzungsstrategien der Nachhaltigkeitsziele, zur Vernetzung und der Vorstellung von Good-Practice-Beispielen zu befördern und zu stärken. Bereits Ende 2022 hatte sich der adressierte Personenkreis aus Behörden und Institutionen in einem Onlineformat zu den Folgen der damaligen Energiekrise zusammengefunden. Die Veranstaltung wird mit regelmäßig rund 50 - 60 Teilnehmenden gut angenommen und interessiert wahrgenommen.

Nach der Auftaktveranstaltung im Frühjahr 2023 im Museum Wiesbaden, wurde die Reihe im November 2023 mit der Schwerpunktsetzung auf „Klimafolgenanpassung in den Liegenschaften und Gärten des Kulturbereiches des Landes Hessen“ am Standort Staatspark Hanau-Wilhelmsbad fortgeführt.

Die dritte Präsenzveranstaltung am 12.11.2024 wurde, nach der Begrüßung durch den Gastgeber, Dr. Johannes Kistenich-Zerfaß, Präsident des Hessischen Landesarchivs, mit einem persönlichen Grußwort von Christoph Degen, Staatssekretär im HMWK, eröffnet. In diesem hob er unter anderem die Bedeutung der nachhaltigen Entwicklungen bei den Kultureinrichtungen hervor und verwies auf das übergeordnete Ziel, perspektivisch in Hessen Strom und Wärme zu 100 % aus erneuerbaren Energiequellen zu beziehen und zudem Klimaneutralität bis 2045 (weiterführend: [siehe hier](#)) zu erreichen, wie es das Hessische Energiegesetz vorgibt. Ein wichtiger Baustein dafür sei, die jährliche energetische Sanierungsquote im Gebäudebestand auf mindestens 2,5 bis 3 % anzuheben. Bei der Bewältigung der Herausforderungen käme es zudem entscheidend auf ein wissenschaftliches Fundament an. Erkenntnisse aus Sozial-, Geistes, Kultur-, Human- und Ingenieurwissenschaften könnten gemeinsam mit Erfahrungen des praktischen Handelns ein wichtiger Faktor für die entsprechende ziel- und ergebnisorientierte Umsetzung sein.

Einführend wurde unter anderem behandelt, wie mit dem Instrument CO₂-Kulturrechner die Verbräuche und THG-Emissionen im Kulturbereich ermittelt werden

können. Zudem wurde die neue Richtlinie zum Hessischen Energiegesetz und deren Auswirkungen für die Praxis vorgestellt. Es folgten Impulsreferate am Beispiel hessischer Liegenschaften zum Einsatz eines Mengengerüsts für eine optimierte, effiziente und ressourcenschonende Depotplanung sowie zur Bedarfsermittlung von Arbeits-, Archiv- und Depotflächen für das Archäologische Zentraldepot Hessen. Dieser Block schloss mit einem externen Beitrag aus der Arbeit des Fraunhofer-Institut für Bauphysik IBP zu energieminierten Depot- und Archivgebäuden mit Plusenergie-Konzepten. Es folgten zwei weitere thematischen Blöcke, bei denen anhand von Praxisberichten das Raumklima aus der Perspektive der Bauphysik als entscheidender Faktor für Energieeffizienz sowie die Realisierung des neuen Kunstdepot der Stadt Darmstadt unter Nachhaltigkeitsdepotsaspekten dargestellt wurden. Ergänzt wurden diese Perspektiven mit einem Blick über den Tellerrand zu den aktuellen Bauvorhaben der Staatlichen Archive Bayerns. Ein weiteres Highlight stellte die Möglichkeit der Besichtigung des Gebäudes unter fachkundiger Führung aus dem HStAM dar.

Im Rahmen des Symposiums wurden Ideen und Ansätze der Referierenden gemeinsam mit den Teilnehmenden in den moderierten Diskussionen aufgegriffen sowie Good-Practice-Anregungen geteilt und für die interne Verwendung dokumentiert. Die informative und ergebnisorientierte Veranstaltung mit vielen praktischen Erkenntnissen sowie konstruktiven, handlungsorientierten Optionen soll in Hessen dazu beitragen, den Transformationsprozess ernst zu nehmen, voranzutreiben und vor allem auch aktiv zu gestalten.

Das nächste für 2025 anvisierte 4. Symposium der Reihe soll den bereits bei der Auftaktveranstaltung gemeinsam identifizierten Schwerpunkt der spezifischen Herausforderungen für die hessischen Staatstheater und Landesbühnen aufgreifen, bei denen derzeit viele Sanierungsaufgaben anstehen.

Bei Interesse an weiterführenden Informationen zu der Initiative kann Kontakt aufgenommen werden mit dem Projektbüro CO₂-neutrale Landesverwaltung <https://finanzen.hessen.de/Themen-A-Z/CO2-neutrale-Landesverwaltung>
 ↪ CO2-projektbuero@hmdf.hessen.de# (io)

Rückblick Forum Gebäudemanagement 2025 – Schwerpunktthema Sanierung

Mit mehr als 150 Teilnehmenden gab es einen neuen Teilnahmerecord am 12./13.03.2025. Unser mittlerweile achtzehntes Forum Gebäudemanagement (GM) bot für nahezu alle Teilnehmenden eine gute Plattform zur Information, zum Austausch und zur Vernetzung. Vieles von dem, was in den Beiträgen vermittelt sowie im Podium und im individuellen Austausch angesprochen und diskutiert wurde, machte vor allem eines deutlich: Die Probleme sind groß und nicht einfach. Konstruktive Vorschläge und konsequentes Handeln sind dabei aber wichtig, um bei der Lösung der Aufgaben voranzukommen.

Dr. Grit Würmseer, Geschäftsführerin der Vorständin von HIS-HE, begrüßte die Teilnehmenden und ging auf die Bedeutung des Themas Sanierung für Hochschulen und Forschungseinrichtungen ein. Sie spannte den Bogen von der Bandbreite des Themas zu den umfangreichen Aufgabenstellungen in den Arbeitsfeldern von HIS-HE.

Durch das Programm führte Dr. Ingrid Ostermann aus dem HIS-HE-Geschäftsbereich Hochschulinfrastruktur. Sie hatte im Laufe ihrer Moderation auch einige Fragen an die Teilnehmenden, die mit Hilfe eines Befragungstools zusammengefasst und ausgewertet wurden. Beispielhaft sei hier die Frage nach den Erfahrungen mit Sanierungen im laufenden Betrieb genannt: 92 % der Teilnehmenden haben dies bejaht.

Über dem Thema Sanierung steht immer die Frage der Finanzierung. Die Probleme sind hinlänglich bekannt und die Summen, um die es geht, werden auch immer höher. Neben den auf der Basis von HIS-HE-Zahlen ermittelten und häufig ge-

nannten 74 Mrd. € werden mittlerweile auch deutlich höhere Zahlen genannt, was aber Probleme hinsichtlich der Nachvollziehbarkeit zu Diskussionen führt.

Fakt ist der hohe Sanierungsbedarf einzelner Universitäten, der beispielsweise mit jeweils mehr als 1 Mrd. € für große Einrichtungen angesetzt wird. In ihrem Einführungsvortrag beschrieb Frauke Meyer, Kanzlerin der Universität Bremen, den aktuellen Stand der Hochschulsanierung in Deutschland und gab dabei einen Einblick in den Diskussionsstand der Universitäten, auf welche Weise zukünftig eine Verbesserung der Situation bewirkt werden könnte. Als besondere übergeordnete Herausforderungen wurden Finanzierung, bürokratische Hürden und der Mangel an Fachpersonal identifiziert. Konkrete inhaltliche Herausforderungen wurden in den Themenbereichen „Komplexität alternder Infrastruktur“, „Energieeffizienz“, „Barrierefreiheit“, „Arbeitssicherheit“ und hier vor allem „Brandschutz“ und „Nachhaltigkeit“ benannt. Als Wege zur Lösung der Probleme wurden Strategien und Aufgaben für die Zukunft, u. a. eine kluge Nutzung von Bundesmitteln, politische Anschlussforderungen wie Bürokratieabbau, eine verdichtete Flächennutzung mit kooperativen Bereichen (Core Facilities etc.) sowie eine kluge Berufungspolitik benannt.

Sanierungen sind eine gute Idee, sind sie doch in den meisten Fällen nachhaltiger als ein Neubau. Die Tücken finden sich aber im Detail. Wird auch nur ein kleiner Teil eines Gebäudes saniert, führt das sehr häufig dazu, dass der Bestandsschutz entfällt und das ganze Gebäude auf den aktuellen Stand gebracht werden muss. Das kann dann richtig aufwendig und teuer werden. Zum Teil müssen dann außerdem ganze Gebäude geschlossen werden. Hinzu kommen Anforderungen an die Reduzierung des Energieverbrauchs. Eine gute Sache, aber die zu erfüllenden gesetzlichen Anforderungen sind zum Teil so hoch, dass dann aus Kostengründen lieber doch nichts gemacht wird. Wäre hier ein intelligentes „Weniger“ vielleicht im Ergebnis „Mehr“?

Torsten Markgräfe, Leiter des Gebäudemanagements an der TU Braunschweig, hat sich genau mit der Problematik der Gebäudeschließungen und deren Vermeidung befasst. Es ist nicht leicht für eine Universität, wenn ein Viertel aller Gebäude unter Denkmalschutz stehen, wie im Beispiel der TU Braunschweig und die behördlichen Forderungen hier nicht immer eindeutig und vorhersehbar sind. Parallel dazu führt das stetig zunehmende Alter der Gebäude in Verbindung mit dem Sanierungsstau zu einer erhöhten Reparaturanfälligkeit und zu immer mehr Havarien, in deren Folge dann immer häufiger temporäre oder auch längerfristige Nutzungseinschränkungen und Ausfälle stehen. Anhand von praktischen Beispielen wurden Vorschläge für eine Vorgehensweise erarbeitet, wie trotz der Unsicherheiten im Bereich von Finanzierung und Sanierungsplanung, eine weitgehende Betriebsbereitschaft der benötigten Gebäudeflächen aufrechterhalten werden kann. So ist ein Ansatz „Das lohnt sich nicht mehr“ angesichts der heutigen Problemsituationen fatal, selbst wenn Reparaturen erhebliche Kosten nach sich ziehen. Eine Verbesserung der finanziellen Situation der Hochschulen wird als sehr unwahrscheinlich angesehen. Selbst wenn Sonderprogramme zum Abbau von Sanierungsstaus aufgelegt werden, wird sich das Problem nicht zeitnah lösen lassen. Ansätze zur Verbesserung der Situation sind in einer Reduzierung des zu sanierenden Bestands, sprich Abgabe von Gebäuden, zu sehen. Hier kann die Einführung von beispielsweise „Mobilem Arbeiten“ und „New Work“ etwas beitragen. Die Flächenreduzierung bei Sanierungen bzw. Ersatz-Neubauten verbunden mit mehr Qualität statt Quantität muss dabei ein Ziel sein. Kommunikation und Transparenz im Umgang mit den Betroffenen sind außerdem wichtige Aspekte.

Sicherheit und Denkmalschutz sind weitere Themen, die allein schon durch die Vielzahl der beteiligten Fachleute zu einem Problem werden können. Allein der Brandschutz ist eine Herausforderung, die

ihresgleichen sucht und nicht immer einfach zu verstehen ist. Brandschutz und Denkmalschutz werden dabei natürlich nicht grundsätzlich in Frage gestellt.

Ralf Abraham, seit 1998 selbstständig als Architekt und u. a. Sachverständiger für vorbeugenden Brandschutz sowie in vielen Arbeitsgruppen und Publikationen zu diesem Thema unterwegs, berichtete über das komplexe Thema Brandschutz. Ein Problem stellen hier die vielen, zum Teil widersprüchlichen Regelungen sowie oft nicht klare Zuständigkeiten dar. Daraus ergeben sich regelmäßig hohe Kosten und Verzögerungen im Bauablauf. Aufgezeigt wurden aber nicht nur die bestehenden Probleme und Defizite auf, sondern es gab auch etwas Hoffnung in Form von Lösungansätzen. Diese bestehen u. a. darin, die Regelungen wirklich zu verstehen und klare Abgrenzungen durchzuführen zwischen unterschiedlichen Gefahrenszenarien (was ist tatsächlich eine konkrete Gefahr?), den unterschiedlichen zu berücksichtigenden Verwaltungsakten und den gesetzlich geregelten Zuständigkeiten. Werden diese Dinge getrennt analysiert und eine formale Klärung herbeigeführt, verbessert sich die Chance geeignete Lösungen zu finden, deutlich.

Im Hinblick auf den bestehenden Regelungsumfang wurde ein nicht-repräsentatives, aber eindruckliches Beispiel einer Baumaßnahme aus Bayern berichtet, bei dem einmal gezählt wurde, dass nicht weniger als 64 Organisationseinheiten mit etwa 250 Personen (noch ohne Projektsteuerer) an einer einzigen Hochschulbaumaßnahme beteiligt waren. Das spricht für sich und für einen dringenden Reformbedarf. In der Politik wird gerade viel von Entbürokratisierung gesprochen. Beim näheren Hinsehen stellt sich jedoch die Frage, wer das wirklich leisten kann. Verwaltungen schaffen sich ja im Regelfall nicht selbst ab und ein Gesetz, eine Verordnung oder ein Erlass zum Abbau der Regelungswut ist in der Praxis dann am Ende oft nur eine weitere Regelung obendrauf.

Gerade bei der Sanierung von Gebäuden im Bausektor sind viele Prozesse nicht

miteinander vernetzt. Das vorgestellte Projekt „Bau-DNS“ hat hierzu verschiedenen Ansätze verfolgt, die eine „Produktivitätssteigerung, verbunden mit Kostensenkung, und die Erhöhung der Zirkularität und CO₂-Neutralität von Materialien und Systemen“ zum Ziel haben. Erreicht werden soll dies durch durchgängige Datennutzung, nachhaltige Prozesse und eine systemische Fertigung, die dem Fachkräftemangel entgegenwirken soll. Dr. Simon Schmidt, Abteilungsleiter Hygrothermik, Fraunhofer-Institut für Bauphysik IBP Valley berichtete über ein ganzheitliches Verfahren für eine kosteneffiziente, nachhaltige, modulare und zirkuläre Gebäudesanierung.

Die Frage: „Woher kommt eigentlich der Sanierungstau?“ wird eigentlich selten gestellt, ist aber durchaus naheliegend. Die Antwort ist ganz einfach: Weil in der Vergangenheit kein Geld für den Bestandserhalt ausgegeben wurde, sind die Probleme entstanden. 2 % des Wiederbeschaffungswertes eines Gebäudes sind grob betrachtet mindestens pro Jahr für entsprechende Maßnahmen zu veranschlagen. Zur Verfügung stehen aber beispielsweise nur 4 Mio. €, wenn mehr als 30 Mio. € benötigt werden.

Flächenreduzierung ist das neue Zauberwort. Flächen, die nicht da sind, müssen nicht mit Energie versorgt und auch nicht instandgehalten werden. Genial eigentlich, aber noch eher viel zu wenig beachtet. Aber das ändert sich gerade. Da passt es natürlich, dass parallel auch die Studierendenzahlen zurückgehen oder stagnieren. Bauen ist zudem ein überhaupt nicht klimaschonender Prozess. Die Bauwirtschaft gehört zum rohstoffintensivsten Bereich und ist damit für einen großen Anteil an Treibhausgasemissionen verantwortlich. Daher lieber sanieren, als neu bauen? Aber ganz so einfach ist das auch nicht. Wer weiß schon immer, was für Schadstoffe in den Gebäuden drinstecken? Ein entsprechendes Gebäudekataster wäre hilfreich.

An der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel wird der cradle-to-cradle-Gedanke bereits seit Jahren intensiv verfolgt und

auch durch den dort zuständigen Landesbetrieb unterstützt. Dr. Uwe Pfründer, Leitung Gebäudemanagement, Christian-Albrechts-Universität (CAU) zu Kiel, stellte in seinem Vortrag besonders den Nachhaltigkeitsgedanken in den Mittelpunkt. Sanierung steht an der CAU vor Neubau und auch die Verwendung recycelter Baustoffe und das Recyclen selbst sind hier Teil des Sanierungskonzepts. Die aktuellen bzw. vor kurzem abgeschlossenen Baumaßnahmen umfassen ein Volumen von mehr als 1 Mrd. €. Das Umsetzungskonzept orientiert sich dabei an der Klimaschutzstrategie des Landes Schleswig-Holstein. Das beinhaltet die regenerative Wärmeversorgung im Sinne der Transformation, die Reduzierung von Büroflächen im Sinne der Suffizienz sowie die ressourcenschonende Sanierung. Zirkuläres Bauen, Reduzierung von Flächen durch Generik, Recycling von Baustoffen und Urban-Mining-Design sind weitere Stichworte, die im Rahmen der Baumaßnahmen praktische Anwendung gefunden haben.

Aus dem Universitätsklinikum Tübingen liegen mittlerweile langjährige Erfahrungen zu umfangreichen Sanierungen im laufenden Betrieb über einen längeren Zeitraum vor. Der für das Bauen zuständige Geschäftsbereichsleiter Dr. Markus Till stellte das vor mehr als 10 Jahren begonnene Sanierungsprojekt am Standort Schnarrenberg am Beispiel der CRONA-Kliniken (Chirurgie, Radiologie, Orthopädie, Neurologie, Anästhesie, Urologie, Radioonkologie) und den sechs Hauptbauabschnitten vor. Die Sanierungsmaßnahmen dauern noch an und werden durch große Neubaumaßnahmen ergänzt. Als Fazit der Vorgehensweise werden Kostenvorteile für die Sanierung im Bestand genannt, die allerdings nicht in jedem Fall exakt ausgewiesen werden können. Die Bildung großer Bauabschnitte hat sich im Projekt als vorteilhaft erwiesen, auch wenn dadurch aufwändige Interimslösungen erforderlich wurden. Nachteilig für Patienten und Personal waren die während der Sanierung im Betrieb aufgetretenen gravierenden und sehr belastende Lärmsituationen. Auch

bei den Grundrissen sind im Einzelfall Abstriche zu machen, wenn es beispielsweise um die Gestaltung von Rastermaßen und Stationsgrößen geht.

Prof. Dirk Metzger, Vizepräsident strategische bauliche Entwicklung, Facility Management und Nachhaltigkeit der Technischen Hochschule Mittelhessen (THM), hatte in seinem Vortrag die Campusentwicklung im Bestand einer großen Hochschule für angewandte Wissenschaften (HAW) mit Blick auf Verdichtung, Sanierung, Nachhaltigkeit und CO₂-neutrale Energieversorgung zum Thema. Die THM, ursprünglich als Schule für technisches Zeichnen im 19. Jahrhundert gegründet hat dann eine stetige Weiterentwicklung zur Ingenieurschule nach dem zweiten Weltkrieg bis hin zur heute viertgrößten HAW Deutschlands mit mehr als 15.000 Studierenden durchlebt. Der starke Anstieg der Studierendenzahlen (mehr als eine Verdoppelung) seit den 2000er Jahren führte zu einem erhöhten Flächenbedarf. Seit 2007 wurden im Rahmen des hessischen Hochschulbauprogramms HEUREKA (Hochschul-Entwicklungs- und Umbauprogramm: RundErneuerung) eine Campuskonzeption in Verbindung mit einem städtebaulichen Masterplan der THM entwickelt (2010). Umsetzung und Fortschreibung des Masterplans dauern bis heute an. Klimaschutz durch Energieeffizienz in der Campusentwicklung und im Betrieb stehen dabei seit vielen Jahren im Mittelpunkt. Ein besonders herausragendes Projekt ist aktuell die im Rahmen eines geförderten Vorhabens (React-EU) realisierte „Abwasserwärmenutzung“ auf dem C-Campus, die auf der Nutzung der Abwärme einer kommunalen Abwasserleitung in Verbindung mit einer Wärmepumpe (ca. 850 kW) basiert.

Ein noch eher weniger beachtetes Thema, jedoch mit steigender Bedeutung, wurde in einem viel beachteten Vortrag von Anna Carmen Breuer, Klimaanpassungsmanagerin der Hochschule Darmstadt thematisiert. In ihrem Beitrag „Was tun bei Hitzewellen, Starkregen und verbranntem Rasen?“ ging Frau Breuer neben

einer Beschreibung der grundsätzlichen Bedeutung von Klimaanpassung den damit verbundenen Handlungsnotwendigkeiten auf mögliche Maßnahmen ein und legte dabei einen Schwerpunkt auf die Integration von Klimafolgenanpassung in geplante Sanierungsmaßnahmen. Der von ihr gezeigte Vorschlag für einen „Steckbrief der Möglichkeiten“, der es erleichtert, bei anstehenden Sanierungsmaßnahmen die weiteren erforderlichen Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung gleich mitzudenken und damit die Möglichkeiten zur praktischen Umsetzung zu verbessern, stellt eine sehr interessante Lösungsmöglichkeit dar.

Im Rahmen einer mit fachlich sehr kompetenten Teilnehmenden besetzten Podiumsdiskussion, bestehend aus Dr. Michael Keltsch, Referatsleitung „Hochschulbau und Klimaschutz“, Bayerisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst, Daniela Kirchhoff, Referentin & stellv. Referatsleitung, Referat Hochschulbauplanung, Hochschulbauförderung Ministerium der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt, Dr. Joachim Liers, Leitung des Dezernats Bau und Liegenschaftsmanagement, Johannes Gutenberg Universität Mainz sowie Ulf Richter, Kanzler der Universität Duisburg-Essen und Vorsitzender des bundesweiten Kanzlerarbeitskreises „Hochschulbau“, wurden, moderiert durch Jana Stibbe, HIS-HE, wichtige Fragen zu Sanierungen und zur möglichen Auflösung des Sanierungsstaus diskutiert. Im Mittelpunkt stand zunächst die Frage, welcher Aspekt zum Abbau des Sanierungsstaus am wirkungsvollsten wäre und damit am dringendsten angegangen werden sollte. Die Antworten darauf fielen unterschiedlich aus. Für wichtig erachtet wurde, dass das Thema wirklich von der Politik ernst genommen wird und ähnlich wie beim Schulbau auch in der Öffentlichkeit sichtbar ist. Die Vereinfachung von Prozessen ist ein weiterer entscheidender Punkt mit Verweis auf die aktuellen Aktivitäten unter der Federführung von HIS-HE zu den Bauverfahren der Länder. Die Finanzierung spielt dabei eine entscheidende Rolle und die bereits im Raum

stehenden Diskussionen um das zu dem Zeitpunkt bereits angedachte Sondervermögen des Bundes zur Finanzierung der Infrastruktur waren bereits wahrnehmbar. Doch Geld allein nützt möglicherweise wenig, wenn es an Effektivität mangelt. Ein dauerhafter Konsens zu den benötigten Ressourcen, Partei- und Legislaturperioden -übergreifend, wäre daher wichtig, damit hier Verlässlichkeit besteht und dauerhaft Mittel in Form von jährlichen Hochschulbaubudgets bereitgestellt werden können. Die Übertragung der Bauherreneigenschaften an die Hochschulen ist ein Punkt, der außerdem oft genannt wird, wenn es um Verfahrensverbesserungen geht. Nicht jede Hochschule will und kann das in der Praxis leisten, denn es gehören auch Ressourcen dazu. Auch den Landesbaubetrieben kommt hier eine wichtige Rolle zu, denn viele Hochschulen sind froh, dass es eine Institution gibt, die die fachliche Expertise hat. Insofern gibt es nicht das eine funktionierende Modell. Ein Optionsmodell für die Übertragung der Bauherrenfunktion für einzelne Baumaßnahmen, wie es bereits in mehreren Bundesländern eingeführt wurde, kann hier beispielsweise eine Lösung sein. Mehr Verantwortung an die Hochschulen zu geben, ist in jedem Fall Konsens (das Maximalprinzip bezogen auf ein festes Budget aber auch bezogen auf die Einzelmaßnahme schafft hier Anreize).

Auch die Hochschulen sehen einige Dinge selbstkritisch. So wurden und werden im Rahmen von Berufungsverfahren Versprechungen gemacht, die hohe Kosten verursachen. Gelder, die dann an anderer Stelle fehlen und dafür Doppelstrukturen im Bereich von Laboren und Experimentalflächen schaffen, die wiederum weitere Unterhaltungskosten nach sich ziehen. Hier kann nur ein grundlegendes Umdenken aller Hochschulen etwas erreichen, damit der Wettbewerb in der Wissenschaft nicht verzerrt wird. Die gemeinsame fächerübergreifende Nutzung von Facilities und Flächen sollte dabei Standard sein. In Baden-Württemberg gibt es aktuell für Hochschulen ein Neubau-Moratorium

– das wäre auch in anderen Bundesländern wünschenswert. Ein Forschungsbauantrag könnte dann auch als Sanierung realisiert werden und nicht als Neubau, der dann auch wieder unterhalten werden muss.

Und perspektivisch? Wie wird von den Beteiligten die Situation der Hochschulen im Rahmen des Themas Sanierung in 10 Jahren eingeschätzt? Die Antworten reichen von der Hoffnung, dass der Abbau des Sanierungsstaus eine lösbare Aufgabe – wenn auch nicht innerhalb von 10 Jahren – ist, bis hin zu Empfehlungen, hier auch auf andere Themen zu schauen, wie die Qualifikation von Fachkräften angesichts des bestehenden Mangels. Es besteht auch Zuversicht, dass sich etwas tut und das Thema ernst genommen wird und die Hochschulen sich auch in 10 Jahren weiterentwickeln, dabei „die Energieversorgung in Richtung Klimaschutz hin zu erneuerbaren Energien umgebaut wird“ und der hoffentlich kommende „Geldsegen“ sinnvoll eingesetzt werden kann.

Die Veranstaltungsdokumentation steht Ihnen auf den HIS-HE-Webseiten zur Verfügung. Dort finden Sie auch einen ergänzenden Beitrag zum Hannover Congress Centrum, das zu den größten messeunabhängigen Kongresszentren Deutschlands gehört. Aktuell steht dort die Sanierung der Lüftungsanlagen an, was aufgrund der Größe der Anlagen und der Anforderungen der denkmalgeschützten Kongresshalle eine besondere Herausforderung darstellt. Im Anschluss an die Veranstaltung bestand die Möglichkeit einer Führung durch die Kongresshalle und die zu sanierende Anlagentechnik.

<https://medien.his-he.de/veranstaltungsdocumentationen/detail/forum-gebaeudemanagement-2025> (rp)

Veranstaltungsankündigung:

Forum Energie:

22.-24.09.2025 in Clausthal-Zellerfeld

Forum Hochschulbau:

Thema „Hochschulische Arbeits- und Bürowelten der Zukunft - Herbst 2025“

Hinweise zu den HIS-HE-Veranstaltungen finden Sie unter:

<https://medien.his-he.de/veranstaltungen/ankuendigungen>

HIS-HE:Austauschrunden

HIS-HE hat in der Vergangenheit schon mehrere bundesweite Online-Austauschrunden zu Themen wie Energie, Klimaschutz und Mobilität durchgeführt. Aktuell wird dieses Format in einer Reihe zum Thema „Innovative und regenerative Wärmeversorgung“ fortgesetzt. In den letzten drei Wochen gab es bereits zwei Austauschrunden mit einem vorbereiteten Input zu einer geplanten Pyrolyse-Anlage an der Hochschule Geisenheim sowie über Konzepte zur Transformation der Wärmeversorgung der rund 8.000 landeseigenen Gebäude in Baden-Württemberg durch das Ministerium für Finanzen. Im Anschluss an die Vorträge gab es Zeit für die Beantwortung der Fragen aus dem Auditorium als auch für die Vorstellung weiterer Konzepte und bereits umgesetzter Lösungen im Bereich Wärmeversorgung an den verschiedenen Einrichtungen.

Es ist seitens HIS-HE geplant, diese Reihe in Zukunft fortzusetzen. Bei Interesse Ihrerseits an den Veranstaltungen teilzunehmen (Aufnahme in einen E-Mail-Verteiler zur Termin-Benachrichtigung) und vielleicht auch der Bereitschaft einen eigenen Beitrag vorzustellen, wenden Sie sich gerne an Cord Wöhning.

➔ woehning@his-he.de

■ Abschied und Dank

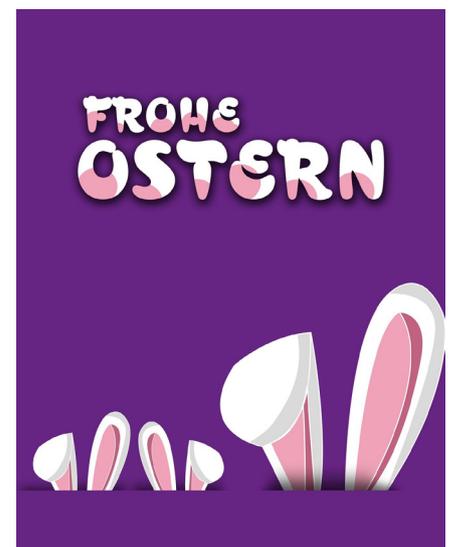
Liebe Leserinnen und Leser, nach einer spannenden und bereichernden Zeit möchte ich mich mit dieser Ausgabe des HIS-HE Mitteilungsblatts von Ihnen verabschieden. Es war mir immer eine Freude, an der Gestaltung und Herausgabe dieses Mediums mitzuwirken. Das stetige Ziel des Mitteilungsblattes war und ist es, aktuelle Themen aus den Hochschulen aufzugreifen. Auch in Zukunft wird es Ihnen interessante Ein- und Ausblicke in die vielseitigen Projekte aus dem Bereich der Hochschulinfrastruktur bieten.

Ich übergebe die verantwortliche Redaktion an meine Kolleg:innen Philipp Nußbaum und Dr. Ingrid Ostermann und wünsche ihnen viel Erfolg und Freude bei

der Gestaltung und Ausrichtung des Mitteilungsblattes. Ich freue mich, dass sie die Publikation mit neuen Perspektiven und frischen Ideen bereichern werden.

Abschließend möchte ich mich bei Ihnen, unseren Leserinnen und Lesern, herzlich bedanken – für Ihre Treue und Ihr Interesse an unserer Arbeit. Bleiben Sie dem Mitteilungsblatt weiterhin verbunden!

Mit den besten Wünschen,
Urte Ketelhön



©alexandra.koch_pixabay

HIS-HE:Mitteilungsblatt

Arbeits-, Gesundheits- und Umweltschutz
36. Jahrgang (erstmalig 1989 als HIS Mitteilungsblatt Gefährliche Stoffe und Abfälle in Hochschulen)

Herausgeber:

HIS-Institut für Hochschulentwicklung e. V. (HIS-HE)
Dr. Grit Würmseer

Redaktion:

Urte Ketelhön (uk)
Philipp Nußbaum (pn) - verantwortlich
Ingrid Ostermann (io) - verantwortlich
Ralf-Dieter Person (rp)

Adresse der Redaktion:

Goseriede 13a, 30159 Hannover
Telefon +49 511 169929-16, Fax: +49 511 169929-64
E-Mail: nussbaum@his-he.de / ostermann@his-he.de

Erscheinungsweise und Bezug:

Vierteljährlich, für Hochschulen und Behörden im Hochschulbereich kostenfrei.
ISSN 2190-7765 HIS:Mitteilungsblatt (Internet)

Gestaltung und Satz:

Ilona Schwerdt-Schmidt

Internet:

<https://medien.his-he.de/publikationen>

Hinweis gemäß § 33 Bundesdatenschutzgesetz:

Die für den Versand erforderlichen Daten (Name, Anschrift) werden elektronisch gespeichert.